

Positionspapier der IGF Alpenregion nach der Kampfjet Beschaffungs-Abstimmung vom 27. 09.2020

Die IGF Alpenregion hat die Abstimmungsergebnisse der Region analysiert. **Die Gemeinden Niederried bis Brienzwiler lehnen die Beschaffung neuer Kampfjets mit einem NEIN-Anteil von 60.44% ab.** Zählt man die Stimmen aller stark betroffenen Gemeinden also auch Iseltwald, Meiringen, Hasliberg, Schattenhalb noch dazu, so resultiert, obwohl diese Gemeinden eine JA-Mehrheit verzeichnen, immer noch ein **gesamter NEIN-Anteil von 53.13%**. Diese Zahlen, in einer Region die erfahrungsgemäss ein konservatives Abstimmungsverhalten zeigt, lassen aufhorchen.

Diese Resultate sind ein überdeutliches Zeichen des Unmutes. Dieser Unmut bezieht sich zur Hauptsache auf die massive Lärmbelastung und im Weiteren einer seit Jahren erlebten Ignoranz von Seite des VBS gegenüber den Anliegen der Bevölkerung im Einzugsgebiet des Flugplatzes Unterbach.

Die IGF setzt sich seit Jahren für eine Reduktion dieser Lärmbelastung ein und wird dies auch in Zukunft weiterhin tun. Leider hat sich in den letzten Jahren diesbezüglich nichts bewegt. Im Gegenteil seit der Stationierung des FA/18 hat sich die Lärmbelastung massiv verschlimmert.

Wir sind, zusammen mit der Mehrheit der betroffenen Flugplatzanwohner, nicht mehr bereit dies einfach hinzunehmen und fordern eine rasche, spürbare Reduktion der Lärmemissionen.

Wir fordern nach der Abstimmung vom 27. September 2020, dass unsere bisherigen und modifizierten Forderungen als Diskussionsbasis für die Zukunft ernst genommen werden:

- 1. Reduktion der Flugbewegungen auf 2500/Jahr**
- 2. Strikt Einhaltung Sommerpause inklusive Sperrung des Übungsraum über dem östlichen Berner Oberland**
- 3. Erweiterung der Sommerpause auf 4 Monate**
- 4. Eine Winterpause von 2 Monaten**
- 5. Reduktion der Nachtflugübungen bis maximal 20:00 Uhr**
- 6. klare Zusicherung, dass der 24-Stunden Luftpolizeidienst nur im absoluten Notfall vom Flugplatz Unterbach geleistet wird**

Flugbewegungen gegen Arbeitsplätze abzuwägen ist für uns kein akzeptables Vorgehen. Gesundheitsschädigende Belastungen lassen sich nicht wegkompensieren. Angesichts der eindeutigen Meinungsäusserung in der Bevölkerung, erwarten wir nun substantielle Zugeständnisse im Flugbetrieb in Richtung effektiver Lärmreduktion von Seiten des VBS.

Wir erwarten vom VBS in Zukunft eine offene Diskussion unter Einbezug der politischen Behörden der betroffenen Gemeinden, der Interessenverbände und Vertretungen der Bevölkerung.